



Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Stahlbau-Verband DSTV

Aktuell seit 27.09.2026 18:20:34

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000945
Ersteintrag:	23.02.2022
Letzte Änderung:	27.09.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	19.05.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Deutscher Stahlbau-Verband Sohnstraße 65 40237 Düsseldorf Deutschland Telefonnummer: +4921154012080 E-Mail-Adressen: zentrale@deutscherstahlbau.de Webseiten: https://dstv.deutscherstahlbau.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

740.001 bis 750.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Christian Wurst**
Funktion: Vizepräsident
2. **Jan Birkemeyer**
Funktion: Präsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Ronald Kocker**
2. **Gregor Machura**
3. **Alexandra Bähring**

Gesamtzahl der Mitglieder:

343 Mitglieder am 19.05.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (6):

1. Deutscher Beton- und Bautechnik-Verein e.V.
2. Institut für Fenstertechnik e.V.
3. bauforumstahl e.V.
4. Initiative pro AGB-Recht
5. Deutscher Vergabe- und Vertragsausschuss für Bauleistungen (DVA)
6. IFBS Internationaler Verband für den Metalleichtbau

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (8):

Bauwesen und Bauwirtschaft; Öffentliches Recht; Zivilrecht; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Verkehrsinfrastruktur; Kleine und mittlere Unternehmen; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der DSTV ist die Interessenvertretung deutscher mittelständischer Stahlbauunternehmen. Zum Zwecke der Interessenvertretung nimmt der DSTV direkt Kontakt mit Vertretern der Bundesregierung, Bundesministerien und Mitgliedern des Bundestages durch Versendung von Positionspapieren oder sonstigen Schreiben auf. Zudem tritt der DSTV in Dialoge mit diesen Adressaten ein oder lädt sie im Rahmen verbandseigener Veranstaltungen zu solchen Dialogen ein. Weiterhin erfolgt die Interessenvertretung auch dergestalt, dass der DSTV mit den o.g. Adressaten im Rahmen verbandseigener Gremiensitzungen in direkten Kontakt tritt. Schließlich erfolgt die Interessenvertretung über die Teilnahme an externen Gremien zum Zwecke der technischen Normung, an denen im Einzelfall Vertreter der o.g. Adressaten anwesend sein können.

Inhalte dieser Interessenvertretung ist die Leistungsfähigkeit des deutschen Stahlbaus.

Konkrete Regelungsvorhaben (8)

1. Beibehaltung der §§ 305ff. BGB in der aktuell geltenden Fassung

Beschreibung:

Beibehaltung der §§ 305ff. BGB, insbesondere hinsichtlich der AGB-Inhaltskontrolle im B2B-Bereich und bezüglich des Schutzes vor unangemessen benachteiligenden Bestimmungen in Verträgen.

Verhinderung der Schaffung von Bereichsausnahmen hinsichtlich der Anwendung der §§ 305ff. BGB für Verträge in der Realwirtschaft.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406210159 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Sicherstellung der vergabeseitigen Wirkung des Infrastruktur-Zukunftsgesetzes

Beschreibung:

Die Interessenvertretung erfolgt mit dem Zweck der Erleichterung des Stahlbaus für Stahlbauunternehmen in Deutschland. Für diese soll die Stahlbauweise vereinfacht, beschleunigt und kostengünstiger werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Infrastruktur-Zukunftsgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 07.11.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AEG [alle RV hierzu]; BSWAG [alle RV hierzu]; EBKrG [alle RV hierzu]; FStrG [alle RV hierzu]; FStrAusbauG [alle RV hierzu]; WaStrG [alle RV hierzu]; WaStrAbG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; LuftVG [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; VwVfG [alle RV hierzu]; KSG [alle RV hierzu]; UVPg [alle RV hierzu]; ROG 2008 [alle RV hierzu]; RoV [alle RV hierzu]; UmwRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511210002 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

3. Praxisgerechter Bürokratierückbau für Stahlbau und Infrastruktur

Beschreibung:

Der DSTV setzt sich im Regelungsvorhaben zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich dafür ein, dass Entlastungs-, Digitalisierungs- und Beschleunigungsmaßnahmen praxistauglich, mittelstandsfreundlich und rechtssicher ausgestaltet werden. Ziel der Einflussnahme ist, bestehende und gemeinsam erarbeitete technische Regelwerke zu erhalten und zusätzliche Sonderregelungen im Infrastrukturbereich zu vermeiden.

Referentenentwurf:

Entwurf einer Verordnung zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 08.05.2026

Federführendes Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StVO 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

4. Praxisgerechter Bürokratierückbau für Stahlbau und Infrastruktur

Beschreibung:

Der DSTV setzt sich im Regelungsvorhaben zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich dafür ein, dass Entlastungs-, Digitalisierungs- und Beschleunigungsmaßnahmen

praxistauglich, mittelstandsfreundlich und rechtssicher ausgestaltet werden. Ziel der Einflussnahme ist, bestehende und gemeinsam erarbeitete technische Regelwerke zu erhalten und zusätzliche Sonderregelungen im Infrastrukturbereich zu vermeiden.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 08.05.2026

Federführendes Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StVO 2013 [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

5. Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung

Beschreibung:

Im weiteren Ressortabstimmungsprozess sollte auf eine Ausgestaltung des Vorhabens hingewirkt werden, die mit den Zielen der Bundesregierung zur Modernisierung und Erneuerung der Verkehrs-, Energie- und Bauinfrastruktur, zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland vereinbar ist.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 06.07.2026

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

6. Föderalen Modernisierungsagenda

Beschreibung:

Der DSTV e. V. steht für einen konsequenten Bürokratieabbau im Bauwesen bei der Umsetzung der Föderalen Modernisierungsagenda ein. Der Verband schlägt in fünf Handlungsfeldern konkrete Maßnahmen vor: bundesweite Vereinheitlichung des Bauordnungsrechts (einheitliche Einführung der M-VV TB), risikoorientierte Effektivierung des Prüfwesens mit verbindlichen Prüffristen und Freigabefiktion, Beschleunigung der Genehmigungsverfahren (Ausweitung der Genehmigungsfiktion, digitale Planfeststellung), digitales Bauen und Genehmigen als Regelfall (digitaler Bauantrag, BIM, einheitliche Datenstandards) sowie Entschlackung des Nachweis- und Bescheinigungswesens nach dem Once-Only-Prinzip einschließlich vereinfachter Genehmigungen für Kran- und Schwertransporte.

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]

7. Verordnung zur Änderung bauvergaberechtlicher Vorschriften im Zuge des Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge**Beschreibung:**

Interessenvertretung zum Referentenentwurf des BMWF für eine Verordnung zur Änderung bauvergaberechtlicher Vorschriften im Zuge des Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge sowie zu den Änderungen der VOB/A, Abschnitte 2 und 3. Ziel ist die Ausgestaltung einzelner Vorschriften im laufenden Verordnungsverfahren: Beibehaltung des Fachlosgrundsatzes und Begrenzung der Gesamtvergabe auf begründete Ausnahmen (§§ 5, 5a EU), praxisgerechte Regelungen zu Eignungsnachweisen und zur Nachforderung von Unterlagen (§§ 6a, 6b, 16a EU) sowie verbindliche Berücksichtigung des Treibhauspotenzials von Baustoffen und Klarstellung der Zulässigkeit wiederverwendeter Bauprodukte (§§ 7a, 8c EU).

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Änderung bauvergaberechtlicher Vorschriften im Zuge des Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

8. Infrastrukturgesellschaftsfinanzierungsänderungsgesetz (InfGrFinÄndG)**Beschreibung:**

Die Bundesautobahnen und die Bundesstraßen in der Baulast des Bundes in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg werden seit dem 1. Januar 2021 in Bundesverwaltung geführt (Bundesfernstraßen in Bundesverwaltung). Der Bund bedient sich zur Erledigung dieser Aufgabe auf der Grundlage von Artikel 90 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz (GG) und nach Maßgabe des Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetzes (InfGrGG) einer Gesellschaft privaten Rechts, der „Die Autobahn GmbH des Bundes“ (Autobahn GmbH bzw. Gesellschaft privaten Rechts). Die Finanzierung der Autobahn GmbH erfolgt bisher ausschließlich aus dem Bundeshaushalt (§ 7 Absatz 1 InfGrGG) und ist somit an die jährliche Haushaltsaufstellung gebunden.

Interessenbereiche:

Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1.120.001 bis 1.130.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

DSTV-Jahresabschluss-2025-UEx.pdf